

Antrag

der Abgeordneten Peter H. Carstensen (Nordstrand), Albert Deß, Gerda Hasselfeldt, Veronika Bellmann, Peter Bleser, Gitta Connemann, Helmut Heiderich, Ursula Heinen, Uda Carmen Freia Heller, Dr. Peter Jahr, Julia Klöckner, Marlene Mortler, Bernhard Schulte-Drüggelte, Kurt Segner, Jochen Borchert, Cajus Caesar, Hubert Deittert, Thomas Dörflinger, Susanne Jaffke, Heinrich-Wilhelm Ronsöhr, Dr. Klaus Rose, Norbert Schindler, Georg Schirmbeck, Max Straubinger, Volkmar Uwe Vogel und der Fraktion der CDU/CSU

WTO-Verhandlungen – Europäisches Landwirtschaftsmodell absichern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Eine Verbreiterung und Vertiefung des allgemeinen Liberalisierungsprozesses des Welthandels ist zur Förderung des Wohlstands in der Welt unverzichtbar. Dabei müssen stärker als in der Vergangenheit die unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten in den verschiedenen Regionen der Welt berücksichtigt werden. Die europäische und deutsche Landwirtschaft haben in der Vergangenheit den Liberalisierungsprozess durch den Abbau von Zöllen und des Außenschutzes bereits in erheblichem Maße mitgetragen und werden sich diesem auch in Zukunft nicht entziehen. Dies muss jedoch fair und kontrolliert erfolgen; dabei sind die vielfältigen Funktionen und Leistungen der Landwirtschaft für die Gesellschaft zu berücksichtigen. Der Deutsche Bundestag teilt das Ziel der Europäischen Union, in der WTO-Runde die Absicherung des Europäischen Agrarmodells und damit unserer multifunktionalen, leistungsfähigen, nachhaltig wirtschaftenden bäuerlichen Betriebe zu erreichen.

Im Einzelnen geht es darum,

- eine nachhaltige und in gleicher Weise moderne, effiziente und flächen-deckende Landwirtschaft in Europa und darüber hinaus zu gewährleisten,
- die in Jahrhunderten gewachsene Kulturlandschaft und die Stabilität der ländlichen Räume zu erhalten,
- die hohen EU-Standards in den Bereichen Verbraucher-, Gesundheits-, Tier- und Umweltschutz abzusichern,
- den in der Landwirtschaft Tätigen ein angemessenes Einkommen zu ermöglichen,
- Wege zu einer stärkeren Stabilisierung der Weltagarmärkte aufzuzeigen und
- zu einer fairen Ausgestaltung des Welthandelssystems zu finden.

Im November 2001 haben sich die 142 WTO-Mitgliedstaaten in Doha für den Agrarbereich auf folgende Punkte verständigt:

„Aufbauend auf den bisherigen Vorarbeiten und ohne Verhandlungsergebnisse zu präjudizieren, verpflichten wir uns zu umfassenden Verhandlungen des Marktzuganges; Senkung aller Formen von Exportsubventionen mit der Aussicht auf ein Auslaufen und eine substanzielle Absenkung einer handelsverzerrenden internen Stützung.“

Aus europäischer Sicht ist es als Erfolg zu werten, dass in die Themenliste der neuen Verhandlungsrunde die so genannten Nichthandelsaspekte – hierzu zählen vor allem die Standards in der Lebensmittelsicherheit-, Tierschutz- und Umweltpolitik – einbezogen werden.

Bis Ende des Jahres 2002 waren die Mitglieder der WTO angehalten, ihre Vorschläge zum Agrarbereich zu unterbreiten.

Die EU-Kommission hat am 16. Dezember 2002 in Brüssel ergänzende Vorschläge für das EU-Verhandlungsmandat gemacht. Im Detail und sehr konkret schlägt sie Modalitäten für die anstehenden WTO-Verhandlungen zur weiteren Liberalisierung des Welthandels für den Bereich Landwirtschaft u. a. für den Marktzugang, die Exportförderung, die interne Stützung und nichthandelsbezogene Aspekte vor. Die EU-Kommission hat ihre Vorschläge nach einstimmiger Billigung durch den Ministerrat am 27. Januar 2003 als offizielles Angebot eingereicht.

Der Vorsitzende der WTO-Agrarverhandlungsgruppe, Steward Harbinson, hat Mitte Februar 2003 einen Entwurf eines Modalitätspapiers vorgelegt. Die wichtigsten Eckpunkte sind:

- Abbau der Zölle bis zu 60 Prozent, hiervon sind insbesondere Zucker, Milch und Rindfleisch betroffen,
- Abschaffung der Exporterstattungen innerhalb von 6 bzw. 9 Jahren, gleichzeitig sollen aber bestimmte Formen der Exportsubventionierung wie Exportkredite oder Nahrungsmittelhilfe weiter WTO-konform sein,
- Abbau der internen Stützungszahlungen in Höhe von 50 Prozent bei der „blue box“ und 60 Prozent bei der „amber box“ innerhalb von 5 Jahren.

Dieser Entwurf ist aus deutscher und EU-Sicht völlig unannehmbar. Die Harbinson-Vorschläge stellen einen Rückschlag für das Modell einer multifunktionalen Landwirtschaft dar. Die vorgeschlagenen Senkungsverpflichtungen würden die EU dazu zwingen, die Gemeinsame Agrarpolitik in weiten Bereichen in Frage zu stellen. Durch die Festlegung des Berechnungszeitraumes 1999 bis 2001 für die vorgeschlagenen Preissenkungen würden noch nicht einmal die mit der Agenda 2000 beschlossenen Senkungen erfasst. Nicht einmal wären hierin berücksichtigt die von der EU-Kommission gemachten jüngsten Reformvorschläge für weitere Getreide- und Milchpreissenkungen. Auch die von der EU verfolgten nichthandelsbezogenen Anliegen wie beispielsweise der Schutz nach Herkunftsbezeichnungen bleiben nahezu unberücksichtigt. Letztendlich führten diese Vorschläge dazu, dass viele landwirtschaftliche Betriebe in der EU nicht mehr existenzfähig wären und aufgeben müssten. Eine flächendeckende Landbewirtschaftung wäre nicht mehr gegeben, die ländlichen Räume nicht mehr lebensfähig.

Des Weiteren soll zwar die Exportsubvention der EU abgeschafft werden, andere Formen der Exportförderung wie z. B. Exportkredite und Tätigkeiten von Staatshandelsunternehmen bleiben weiterhin erlaubt. Bei internen Stützungsmaßnahmen werden die Bemühungen der EU in keiner Weise anerkannt.

Die Sonderregelungen für Entwicklungsländer sind grundsätzlich zu begrüßen. Sie berücksichtigen allerdings nicht den Entwicklungsgrad der einzelnen Länder und bevorteilen vor allem bestimmte Agrar-Schwellenländer mit extrem kostengünstigen Produktionsweisen auf Kosten von Umwelt-, Tierschutz- und Sozialstandards.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

bei den laufenden WTO-Verhandlungen für die Einhaltung folgender Leitlinien Sorge zu tragen:

- Es gilt das europäische Modell einer umweltfreundlichen, nachhaltigen, multifunktionalen und flächendeckenden Landwirtschaft, die über die Nahrungsmittel- und Rohstoffproduktion hinaus die Gestaltung und Pflege der Kulturlandschaft übernimmt, zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Stabilisierung des ländlichen Raums beiträgt und den Anforderungen des Tierschutzes gerecht wird, abzusichern.
- Die Vorleistungen der Europäischen Union im Rahmen der Agenda 2000 sind zu berücksichtigen.
- Bei den Exporthilfen ist eine gleichwertige Einbeziehung aller Formen notwendig und es darf keinen einseitigen Abbau geben.
- Interne Stützungen und ein angemessener Außenschutz müssen als Option erlaubt bleiben. Das System der direkten Beihilfen und der Mengensteuerung muss weiterhin möglich sein und ist deshalb über die Blue-Box abzusichern. Beim Außenschutz darf der Zollabbau auch nicht weiterhin einseitig zu Lasten der EU gehen.
- Vorhandene Instrumente der Mengensteuerung wie bei Milch und Zucker sollen zur Stabilisierung des Weltmarktes beibehalten werden.
- Handelsbedingungen, die das hohe Niveau des Gesundheits-, Tier- und Umweltschutzes in der EU absichern und den Verbraucherwünschen Rechnung tragen, sind anzustreben und in das neue Welthandelsabkommen zu integrieren. Die in die EU importierten Produkte müssen unseren Standards entsprechen oder sind klar und verständlich zu kennzeichnen. Auch beim Schutz geographischer Herkunftsbezeichnungen sind Fortschritte erforderlich.
- Die erhöhten Kosten für strengere europäische Produktionsstandards, die nicht von der WTO übernommen werden, müssen, so weit es über den Marktpreis nicht möglich ist, in vollem Umfang im Rahmen der Green-Box ausgleichsfähig werden.
- Die WTO-Runde muss zu einer stärkeren Verzahnung von Welthandel und Umweltschutz führen. In der WTO-Handelsrunde sollte nicht nur über Zölle und Ausgleichsbeträge verhandelt werden, sondern auch über Umweltschutz, über Nachhaltigkeit im Sinne des Agenda 21-Prozesses. Die internationalen Vereinbarungen dürfen nicht durch Handelsregelungen konterkariert werden oder eine Abschwächung erfahren.
- Die Interessen der Entwicklungsländer, die 80 Prozent der WTO-Mitgliedstaaten darstellen, sind verstärkt einzubeziehen. Präferenzen, von denen bestimmte Entwicklungsländer im Rahmen verschiedener Initiativen bereits umfangreich profitieren, dürfen nicht ausgehöhlt werden. Zudem müssen Instrumente, die zur Stabilisierung des Weltmarktes führen, ausgebaut werden, da hiervon die Entwicklung der Landwirtschaft vor allem in den Entwicklungsländern stark abhängt. Gleichzeitig muss sichergestellt wer-

den, dass die Agrarproduktion in den Entwicklungsländern nicht durch subventionierte Agrarexporte in diese Länder gefährdet wird.

Berlin, den 10. März 2003

Peter H. Carstensen (Nordstrand)

Albert Deß

Gerda Hasselfeldt

Veronika Bellmann

Peter Bleser

Gitta Connemann

Helmut Heiderich

Ursula Heinen

Uda Carmen Freia Heller

Dr. Peter Jahr

Julia Klöckner

Marlene Mortler

Bernhard Schulte-Drüggelte

Kurt Segner

Jochen Borchert

Cajus Caesar

Hubert Deitert

Thomas Dörflinger

Susanne Jaffke

Heinrich-Wilhelm Ronsöhr

Dr. Klaus Rose

Norbert Schindler

Georg Schirmbeck

Max Straubinger

Volkmar Uwe Vogel

Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion